

Pflege in Deutschland: Zahlen, Daten, Fakten – wo geht die Reise hin?



2017

3,4

Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung:

Die Ausgaben der Pflegeversicherung haben sich seit 2010 verdoppelt und zwischen 2017 und 2019 nochmals deutlich um 14,3 % erhöht.

2017 ...2019

+14,3 %

44 Mrd. Euro

Private Träger weiter auf dem Vormarsch

Ihr Anteil bei den Pflegeheimen im Jahr 2019 auf 42,7 % (1999: 25,4 %) und bei den ambulanten Diensten auf 66,5 % (1999: 35,6 %) gestiegen.

Heimquote sinkt von 24 auf 20 %

Im Vergleich zu Dezember 2017 ist die Zahl der in Heimen vollstationär versorgten Pflegebedürftigen mit 818.317 nahezu konstant geblieben.

Bei einer insgesamt deutlich gestiegen Anzahl der Pflegebedürftigen ist der Anteil in Pflegeheimen vollstationär betreuter Pflegebedürftiger auf 19,8 % (2017: 24,0 %) zurückgegangen.

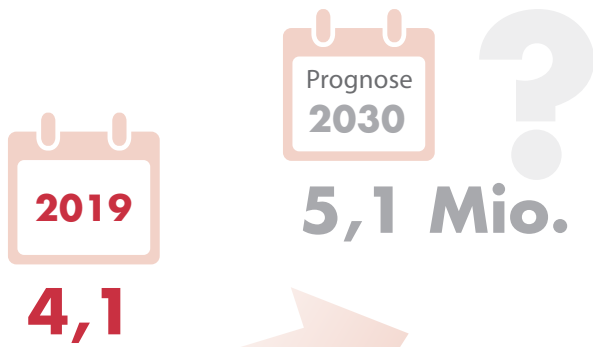
Ambulantisierung: zu Hause versorgt 80 %

Die Versorgungsanteile der ambulanten Pflege haben seit 2005 von 22,2 % auf 23,9 % und der Angehörigenpflege von 46,1 % auf 56,3 % zugenommen.



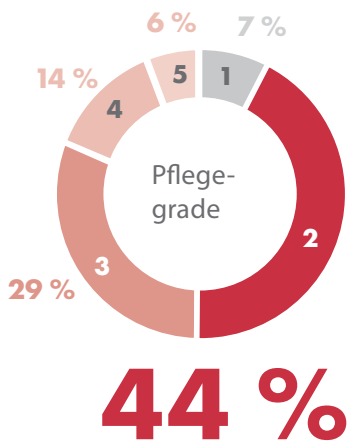
2.1
Mio.

2015



21 % mehr Pflegebedürftige als 2017

Bei einem moderat angenommenen Wachstum der Zahl der Pflegebedürftigen von 2 % p.a. steigt die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2030 um ca. 1 Mio. auf ca. 5,1 Mio. Pflegebedürftige.



Auch stark Pflegebedürftige überwiegend ambulant versorgt

Der überwiegende Anteil (55 %) der stark Pflegebedürftigen (Pflegegrad 4 und 5) wird ambulant versorgt.

Angehörigepflege wächst am stärksten



NACHHALTIGE NATIONALE DEMOGRAPHIE-STRATEGIE FEHLT

Ein Kommentar von Jan Grabow

Die Entwicklung der Versorgungsanteile wird zukünftig auch sehr stark von Maßnahmen des Gesetzgebers zur Versorgungssteuerung abhängen.

Das Angehörigenentlastungsgesetz sowie die Pflegereformen des Gesetzgebers, die die Leistungsansprüche von Pflegenden und Pflegebedürftigen ausweiten, haben die fiskalischen Lasten, die die jungen bzw. zukünftigen Generationen zu tragen haben, enorm in die Höhe schnellen lassen.

Daher stellt sich die Frage, ob die Solidargemeinschaft auch zukünftig bereit sein wird, wachsende Belastungen zu tragen, insbesondere wenn die geburtenstarken Jahrgänge zunehmend zu Leistungsempfängern werden. Es ist zu bewerten, ob die aktuellen Reformvorschläge mit den Grundsätzen der Generationengerechtigkeit zu vereinbaren sind. Kritiker empfehlen, die Eigenverantwortung zu stärken (z. B. private Pflegezusatzversicherungen in Verbindung mit einer Karenzzeit) und den Gesichtspunkt der Subsidiarität zu beachten. Unternehmerische Entscheidungen benötigen einen zuverlässigen Handlungsrahmen, der ohne eine nachhaltige nationale Demografie-strategie unverändert fehlt.



Jan Grabow
jan.grabow@curacon.de